



Pressemitteilung/Stellungnahme

Berlin, 11.06.24

Entscheidung gegen etablierte Standards wird zum Problem

Der IT-Planungsrat hat bei dem Bundesverwaltungsamt eine Studie zur Nutzbarkeit von OSCI für die Registermodernisierung beauftragt. Diese bestätigt die Leistungsfähigkeit und Skalierbarkeit von OSCI/XTA als Protokollstandard einer flächendeckenden Kommunikationsinfrastruktur der Verwaltung. Für DATABUND ist es nicht nachvollziehbar, dass der Bund dennoch plant, für die Infrastruktur der Registermodernisierung (das NOOTS) auf OSCI zu verzichten, und stattdessen ein völlig neues System zu etablieren.

Es gibt in Deutschland seit Jahrzehnten mit OSCI und seit vielen Jahren ergänzt um XTA/XTA2 eine funktionierende Infrastruktur für den sicheren Datentransport mit der Möglichkeit einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Die meisten relevanten Fachverfahren haben OSCI/XTA implementiert und sprechen diese „Sprache“. Beide Standards werden nicht nur vom IT-Planungsrat empfohlen, sondern auch von der Konferenz der Datenschutzbeauftragten. Allein in der Innenverwaltung finden pro Jahr mehrere hundert Millionen Datenübermittlungen auf der Grundlage dieser Sicherheitsstandards statt.

Der DATABUND hält die Entscheidung, trotz dieser vorhandenen funktionierenden Infrastruktur und des akuten Zeitdrucks etwas Neues zu entwickeln für fatal, - sie kann das gesamte Projekt zum Scheitern bringen. Zumal kommunale IT-Verfahren zukünftig zwei völlig unterschiedliche Schnittstellen für den gleichen Sachverhalt umsetzen müssen, nämlich die sichere und nachvollziehbare Datenübermittlung zwischen Behörden. Um eine Analogie zu bemühen, wäre das so, als wolle man für den Betrieb von ICE-Zügen eine neue Spurweite einführen und dafür zusätzliche neue Gleise verlegen. Bei Entscheidungen zur Verwaltungs-IT wird grundsätzlich die Fachexpertise der Softwarehersteller übergangen. Dies führt zu gravierenden Mängeln in der Planung und oft zu einem Scheitern der Projekte, zumindest aber zu einem erheblichen Zeitverzug und einer noch stärkeren finanziellen Belastung der Kommunen.

Der Rückstand Deutschlands in der Verwaltungsdigitalisierung wird sich durch diese Entscheidung nochmals deutlich vergrößern. Es wird auf Jahre hinaus kein funktionierendes flächendeckendes System geben, zumal Bayern hier bereits eigene Wege für den Bereich der Wirtschaftsdaten geht. Es ist unverständlich, warum ständig neue Infrastrukturen (FIT-Connect, NOOTS-Infrastruktur, Datendrehscheibe) entwickelt werden, die jeweils eine Umstellung der gesamten Fachverfahrenslandschaft notwendig machen würden. Nur und ausschließlich mit OSCI/XTA2 hätte eine Chance bestanden, zumindest mit den wesentlichen Fachverfahren einen Betrieb bis Ende 2025 aufnehmen zu können. Jede Änderung verzögert die Umsetzung massiv.

Wir weisen darauf hin, dass die ständige und willkürliche Änderung der Rahmenbedingungen in der Regel NICHT durch die Wartungsverträge der Softwarehersteller mit den Kommunen abgedeckt ist. In der Regel bilden diese die Umsetzung von Änderungen an fachlichen Gesetzen und Verordnungen ab.

Die Kommunen werden am Ende die Mehraufwände zahlen müssen für Entscheidungen, an denen sie genauso wenig wie die Softwarehersteller beteiligt waren und die sie genauso wenig vertreten können. Wir fordern hier als DATABUND eine Transparenz, sowie frühzeitige Einbindung und Beteiligung hinsichtlich der Planungen in unserem Kompetenzbereich und hinsichtlich der zu erwartenden Kosten gegenüber den Kommunen und Landkreisen.



DATABUND

Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und
Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e. V.

Honorarfreier Abdruck dieser Pressemitteilung, auch auszugsweise, gestattet, bei Zusendung einer Artikel-Referenz.

DATABUND:

Der DATABUND – Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e.V. – wurde im Januar 2006 als zentrales Forum für Fachverfahrenshersteller und –betreiber gegründet, deren Produkte, Software und IT-Lösungen in öffentlichen Verwaltungen, vor allem auf kommunaler, aber auch auf Länder- und Bundesebene im Einsatz sind. Der DATABUND hat sich als kompetente Interessenvertretung für den privatwirtschaftlich organisierten öffentlichen IT-Sektor (sowohl in privatem als auch öffentlichen Besitz) etabliert und ist Ansprechpartner für Entscheider und Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Im DATABUND bündeln sich Fachkompetenz, Erfahrung und Kreativität der führenden mittelständischen Softwareunternehmen und IT-Dienstleister für den öffentlichen Sektor.

Pressekontakt:

Detlef Sander, Geschäftsführer
DATABUND e.V., Europaplatz 2, 10557 Berlin
Tel. 030-220661600
Fax 030-220661609
presse@DATABUND.de
www.DATABUND.de